

Juli 2025

Position des Jungen Wirtschaftsrats zum grundlegenden Problem Deutschlands – Agilität statt Sicherheitswahn

„Erst wachsen, dem Allgemeinwohl dienen und dann reguliert werden.“ – Der Junge Wirtschaftsrat fordert einen grundlegenden Kurswechsel in der deutschen Politik- und Verwaltungskultur.

Die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt kann sich keine Verwaltungskultur leisten, die das eigene Unternehmertum als potenzielle Gefahr behandelt, statt es als Quelle von Lösungen anzusehen. Das Problem ist tief verankert: Deutschlands politischer und gesellschaftlicher Reflex ist Sicherheit um jeden Preis. Doch diese Sicherheitsorientierung hat sich längst ins Gegenteil verkehrt. Sie ist kein Schutz mehr, sondern ein Risiko. Sie lähmt, wo sie befähigen sollte. Gerade für die junge Generation wird das zu einer Bedrohung. Daher fordert der Junge Wirtschaftsrat:

1. Mut zur Verantwortung statt Sicherheitswahn!
2. Eine proportionale Unternehmensregulierung statt pauschaler Hürden!
3. Mehr Flexibilität bei Kooperationen zwischen Staat und Unternehmen statt bürokratischem Misstrauen!

Deutschlands grundsätzliches Problem ist ein Verwaltungsproblem und letztendlich ein Kulturproblem ersten Ranges, was von der Politik und der Regierung nun dringend wahrgenommen werden muss. Dieses Problemmuster wirkt in unterschiedlichen Politikfeldern Deutschlands – aber immer mit demselben zerstörerischen Effekt: Es blockiert Entwicklung und Zukunftsfähigkeit. Von Alterssicherung bis zur Digitalisierung lähmt Deutschland dasselbe Problem. Deutschland hat sich selbst in eine Bürokratiekrise reguliert und muss nun entschlossen gegensteuern. Der Junge Wirtschaftsrat fordert deshalb weniger Angst vor Fehlern, mehr Mut zur Verantwortung und eine Regulierung, die Unternehmergeist und Innovation befähigt.

Die Regulierungswut und der Sicherheitswahn Deutschlands müssen durch eine Fehlerkultur ersetzt werden. Frei nach Benjamin Franklin: *„Those who would give up essential Liberty, to purchase a little temporary Safety, deserve neither Liberty nor Safety.“* Im Jahr 2025 wird ein Staat gebraucht, der auf Augenhöhe mit der Wirtschaft für das Allgemeinwohl agiert: als

Schiedsrichter und nicht als Strippenzieher für jeden einzelnen Akteur. Ziel muss sein, Freiräume zu schaffen, Innovation zu erleichtern und Agilität als Leitprinzip zu verankern.

Gesetzliche Vorgaben und bürokratische Anforderungen an Unternehmen sollen im angemessenen Verhältnis zu deren Größe, Potenzial und Ressourcen stehen. Statt pauschaler Regulierungen für alle müssen Kleinunternehmen entlastet werden, die aktuell überproportional unter Bürokratielasten leiden. Deshalb braucht es eine „Ausnahmeregelung für Kleinstunternehmen“ nach dem Motto: „Erst wachsen, dem Allgemeinwohl dienen und dann reguliert werden.“ Gerade bei Berichtspflichten und Dokumentationsauflagen soll Bürokratie mit dem Geschäft wachsen und nicht Innovation schon im Keim ersticken. Studien beziffern den Bürokratieaufwand zwischen 5 und 10% der Arbeitszeit. Für KMUs bedeutet das einen spürbaren Verlust an Wirtschaftsanreiz und Ressourcen, die besser in mehr Beschäftigung, mehr Wachstum und mehr Wohlstand investiert werden könnten.

Der Junge Wirtschaftsrat fordert mehr Flexibilität bei Kooperationen zwischen Staat und Unternehmen. Das heutige, von Misstrauen geprägte Kunde-Dienstleister-Modell verhindert Kooperation, gemeinsame Entwicklung und agile Lösungen. Staatliche Beschaffung darf nicht länger nur Rechtssicherheit kaufen, sondern muss mutig Innovation und partnerschaftliche Zusammenarbeit ermöglichen. Das beste Förderprogramm ist ein Vertrag. Gerade Startups und junge Unternehmen brauchen frühes Feedback, flexible Verträge und iterative Entwicklungsprozesse, um ihre Ideen zur Marktreife zu bringen. Nur so kann der Staat als Auftraggeber dazu beitragen, echte Innovation zu fördern und seine eigene Leistungsfähigkeit zu modernisieren. Die heutige Zeit erfordert dynamische Kooperationen. Öffentliche Aufträge müssen auf iterative und agile Projektlogiken zugeschnitten werden. Die hohen Umsatz- und Referenzanforderungen schränken den Raum für agile Anbieter ein und so bleibt die Innovationskraft kleinerer Anbieter völlig ungenutzt. Im Jahr 2025 müssen in Deutschland nun Innovationspartnerschaften aktiviert und rechtlich abgesichert werden. Keiner darf Angst vor Entwicklung und Innovation haben, insbesondere vor dem Hintergrund angespannter Zeiten. Es braucht nun politische und rechtliche Rückendeckung für Experimente und Evaluationskorridore für Pilotprojekte.